Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 534

Antrag

der Fraktion des Zentrums.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wolle Gesetzentwürfe mit folgendem Inhalt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit umgehend dem Bundestag zur Beschlußfassung vorlegen bezw. die entsprechenden Maßnahmen ergreifen:

1.) Sämtliche bombengeschädigten Hausgrundstücksbesitzer erhalten auf Antrag als Darlehen Steuergutscheine, die auf eine Laufzeit von 3 Jahren ausgegeben werden und nach Ablauf des ersten Jahres mit 106, nach Ablauf des zweiten Jahres mit 112 und nach Ablauf des dritten Jahres mit 118% auf Steuerzahlung aller Art angerechnet werden. Insgesamt werden 3 Milliarden derartiger Steuergutscheine ausgegeben. Die Lombardfähigkeit dieser Papiere ist durch Vereinbarungen mit dem Zentralbankrat sicherzustellen. Als besondere Vergünstigung soll der Steuergutschein-Besitzer mit den gleichen Vergünstigungen ausgestattet werden, wie § 7c des Einkommensteuergesetzes gewährt. Bei Zurverfügungstellung von Wohnungen ist das Dahrlehen entsprechend in einem noch näher festzusetzenden Prozentsatz zu erlassen.

2.) Es wird durch ein besonderes Garantiegesetz die Ausfallgarantie für alle Bauträger seitens des Bundes dahingehend übernommen, daß sich der Bund verpflichtet, den Bauherren und den Bauträgern die gleichen Beträge, die sie im Kalenderjahr 1950 verbauen, auch in den folgenden zwei Jahren 1951 und 1952 zur Verfügung stehen, soweit der Kapitalmarkt diese Mittel nicht aufbringt.

3.) Es ist ein Gesetzentwurf mit dem Ziele der Lockerung der landw. Grundstückspachten einzubringen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, daß bei Verpachtung von Höfen nicht nur die Soforthilfe, sondern auch der Lastenausgleich in einem bestimmten Verhältnis ermäßigt wird.

4.) Die Regierung wird ersucht, alsbald die entsprechenden Schritte zur Einräumung der Rembours-Kredite in dem früher üblichen Umfange zu unternehmen.

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Str. 30
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1

5.) Die Regierung wird ersucht, das Wohnungsbauprogramm auf dem Wege über die traditionellen Kreditinstitute zwischenzufinanzieren.

Bonn, den 9. Februar 1950

Dr. Glasmeyer **Ribbeheger**
Dr. Bertram **Dr. Hamacher**
Krause
Frau **Wessel und Fraktion**